



Bundesministerium für Arbeit und Soziales · 11017 Berlin

An die Vertreter der
Niedersächsischen Jugendwerkstätten
in der AG „Zukünftige Förderung der
Jugendwerkstätten“

- ausschließlich per mail -

nachrichtlich

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Referat 306 (Kinder- und Jugendschutz, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit)
Gustav-Bratke-Allee 2
30169 Hannover

Bundesagentur für Arbeit
Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen
Altenbekener Damm 82
30173 Hannover

Martin Weiland

Ministerialdirigent

Leiter der Unterabteilung
Grundsicherung für Arbeitsuchende
Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

HAUSANSCHRIFT
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2977

FAX +49 30 18 527-5469

E-MAIL martin.weiland@bmas.bund.de

Ilc 4 - 29040

Berlin, 7. Februar 2012

Arbeitsgruppe „Zukünftige Förderung von Jugendwerkstätten in Niedersachsen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 25. Januar 2012, in dem Sie fachliche Schwerpunkte benennen, die aus Ihrer Sicht in den nächsten Sitzungen unserer Arbeitsgruppe vorrangig erörtert werden sollten. Die benannten Punkte spiegeln auch aus meiner Sicht die zentralen Fragen zur weiteren bedarfsgerechten Förderung durch die Jobcenter wider. Insoweit danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung bei der Fortführung unserer bisherigen konstruktiven Gespräche und möchte die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle auf die bereits erreichten Ergebnisse kurz einzugehen und mögliche Missverständnisse auszuräumen.

Zunächst weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es weiterhin das Ziel der Arbeitsgruppe ist, die rechtlichen Möglichkeiten zur weiteren Förderung von Jugendwerkstätten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende unter Beachtung der zum 1. April 2012 in Kraft tretenden Instrumentenreform ausführlich zu beschreiben und so den Jobcentern zu ermöglichen, eine eigenverantwortliche, rechtssichere und am örtlichen Bedarf orientierte Entscheidung über die weitere Förderung treffen zu können. Dabei haben wir nach meinem Verständnis in Ab-

stimmung mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Land Niedersachsen bereits eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten aufgezeigt. Dies betrifft sowohl die dargestellten weitreichenden Übergangslösungen auf der Basis der Verlängerung von Arbeitsgelegenheiten nach bisherigem Recht als auch die umfassende Erörterung des Einsatzes von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III sowie ggf. die Möglichkeiten der Freien Förderung nach § 16f SGB II. Insoweit verwundert es, dass Sie die Auffassung von BMAS, Land und BA nicht teilen, dass auch nach der Instrumentenreform eine grundsätzliche Förderfähigkeit von Maßnahmen in Jugendwerkstätten im Rahmen des SGB II gegeben ist.

Soweit Sie unter Verweis auf das Protokoll vom 21. November 2011 Bedenken äußern, dass die bisher aufgezeigten Fördermöglichkeiten dem ganzheitlichen Ansatz der Jugendwerkstätten nicht gerecht würden, weise ich klarstellend auf Folgendes hin:

Das BMAS begrüßt ausdrücklich den von den Jugendwerkstätten verfolgten ganzheitlichen Förderansatz. Die im angesprochenen Protokoll vorgenommene detaillierte Aufstellung einzelner Inhalte von Jugendwerkstätten diene - so m. E. die gemeinsame Auffassung der Mitglieder der Unterarbeitsgruppe - lediglich der Herstellung eines gemeinsamen Verständnisses von Förderinhalten und ihrer Zuordnung zu den für eine Förderung in Frage kommenden Rechtskreisen. Dies bedeutet nicht, dass eine Maßnahmebeschreibung zu erstellen wäre, die im Detail und vorab genau festlegt, welche Unterstützung der junge Mensch in der Jugendwerkstatt zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang erhält. Sollten die bisherigen Ausführungen insoweit missverständlich sein, rege ich eine Klarstellung im Rahmen unserer weiteren Gespräche an. Diese finden ihre Fortsetzung bereits in einer Sitzung der Unterarbeitsgruppe am 9. Februar 2012, in der die von Ihnen ebenfalls aufgeworfenen Fragestellungen zum Vergaberecht vertieft erörtert werden sollen.

Die Klärung der Frage zur Ausgestaltung von sinnstiftender Beschäftigung in Jugendwerkstätten ist bisher noch nicht vollständig abgeschlossen. Die in diesem Zusammenhang geforderte zwingende monetäre Anerkennung der geleisteten Arbeit ist allerdings aus meiner Sicht nicht mit den Zielen und Grundsätzen des SGB II vereinbar und daher nicht aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende förderfähig. Es bleibt aber dabei, dass auch diese Frage vor Abschluss der Gespräche unserer Arbeitsgruppe abschließend beantwortet wird.

Mit freundlichen Grüßen


Martin Weiland